

Planungen für den Krieg um Berlin

Inhalt

| | | |
|----|---|----|
| 1. | Bündnisfall? Berlin, die Transitwege und die NATO | 1 |
| 2. | Die zweite Berlinkrise und LIVE OAK | 3 |
| 3. | BERCONs und die Interessen der Bündnispartner | 7 |
| 4. | Der Sturm: Die sowjetische Sichtweise | 8 |
| 5. | Die Entstehung von <i>flexible response</i> | 9 |
| 6. | Fazit | 12 |

1. Bündnisfall? Berlin, die Transitwege und die NATO

Die Sicherheit der westlichen Welt im Kalten Krieg beruhte seit dem 4. April 1949 im Wesentlichen auf dem Nordatlantikvertrag, dem Versprechen, dass ein Angriff gegen einen Bündnispartner als ein Angriff gegen alle angesehen werden würde. Allerdings waren die USA nicht gewillt, für die kolonialen Besitzungen einiger europäischer Bündnispartner eine Bestandsgarantie abzugeben: der Schutz des Bündnisses richtete sich gegen eine sowjetische Bedrohung im „nordatlantischen Raum“, also in Europa, und nicht gegen Unabhängigkeitsbestrebungen etwa gegen die Niederländer in Indonesien.

Während Artikel 5 des Nordatlantikvertrages die Einzelheiten der Beistandspflicht regelte, enthielt daher Artikel 6 eine räumliche Begrenzung:

Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere Parteien jeder bewaffnete Angriff auf das Gebiet einer der Parteien in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs, auf die Besatzungsstreitkräfte einer Partei in Europa, auf die der Gebietshoheit einer Partei unterstehenden Inseln im nord-atlantischen Gebot nördlich des Wendekreises des Krebses oder auf die Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien in diesem Gebiet.

Eine strikte Auslegung dieser Formulierung ergibt, dass sich der Schutz teils auf Gebiete, teils auf Streitkräfte erstrecken sollte. Für Westdeutschland, das ja dem Bündnis zunächst nicht angehörte,

ergab sich so zunächst nur ein indirekter Schutz: das Territorium der drei Westzonen, der späteren Bundesrepublik, war nicht geschützt – da aber ein Vorstoß der Sowjets (oder ostdeutscher bewaffneter Kräfte) immer auch einen Angriff auf die in Westdeutschland und Westberlin stationierten westalliierten Truppen bedeutet hätte, galten diese beiden Territorien als durch den Nordatlantikvertrag mitgeschützt. Mehr noch: auch ein bewaffneter Angriff auf westalliierte Truppen auf den Transitwegen (gleich, ob zu Lande oder in der Luft) stellte nach dieser Formulierung einen Bündnisfall dar.¹

Mit dem Beitritt Griechenlands und der Türkei zur NATO wurde diese Formulierung geändert. Das am 22. Oktober 1951 ratifizierte und am 18. Februar 1952 in Kraft getretene Protokoll zum Vertrag über den Beitritt der beiden Staaten formulierte Artikel 6 wie folgt um:

Im Sinne des Artikels 5 gilt als bewaffneter Angriff auf eine oder mehrere der Parteien jeder Angriff

1. auf das Gebiet eines dieser Staaten in Europa oder Nordamerika, auf die algerischen Departements Frankreichs, auf das Gebiet der Türkei oder auf die der Gebietshoheit der Parteien unterstehenden Inseln im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses;
2. auf die Streitkräfte, Schiffe oder Flugzeuge einer der Parteien, wenn sie sich in oder über diesen Gebieten oder irgendeinem anderen europäischen Gebiet, in dem eine der Parteien bei Inkrafttreten des Vertrags eine Besatzung unterhält, oder wenn sie sich im Mittelmeer oder im nordatlantischen Gebiet nördlich des Wendekreises des Krebses befinden.

Damit waren auch die Bundesrepublik und West-Berlin weiterhin geschützt – die Bundesrepublik ohnehin, nachdem sie 1955 dem Bündnis beigetreten war. Für West-Berlin galt fort, was seit 1949 einschlägig gewesen war: zwar war die Stadt nicht Teil der Bundesrepublik und somit nicht nach Artikel 6 Absatz 1 geschützt, aber nach Artikel 6 Ziffer 2 galt ein Angriff auf die westalliierten Truppen auf West-Berliner Gebiet weiterhin als Bündnisfall, denn zweifelsfrei hatten drei der Parteien bei Vertragsabschluss (1949) dort eine Besatzung unterhalten. Anders aber verhielt es sich nunmehr, und das scheint bei der Neuformulierung des Vertragstextes nicht berücksichtigt worden zu sein, bei einem Angriff auf Streitkräfte der Westalliierten, so lange sie sich auf den Transitwegen befanden. Auf dem Territorium der Sowjetischen Besatzungszone (der späteren DDR) hatte keine der Parteien 1949 eine Besatzung unterhalten, und bei strikter Auslegung des Vertragswortlauts löste nunmehr die Blockade etwa eines Konvois bei Magdeburg, gleich ob durch sowjetische oder ostdeutsche Truppen, den Bündnisfall nicht mehr aus. Während vordergründig der Bestand West-Berlins durch den Nordatlantikvertrag gesichert war, lag die Achillesferse nicht nur militärisch, sondern auch bündnispolitisch bei der Sicherung der Zugangswege.

1 Knut Ipsen: Rechtsgrundlagen und Institutionalisierung der Atlantisch-Westeuropäischen Verteidigung, Hamburg 1967; Winfried Heinemann: Vom Zusammenwachsen des Bündnisses. Die Funktionsweise der NATO in ausgewählten Krisenfällen 1951-1956, München 1998 (=Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, 1), S. 78, 278-281.

2. Die zweite Berlinkrise und LIVE OAK

Für die westliche Welt stellte sich die Verteidigung gegen die kommunistische Bedrohung als ein komplexes System dar. Zum einen galt es, glaubwürdige militärische Kräfte zu unterhalten, um nicht erpressbar zu werden gegenüber dem potentiellen Feind. Zum anderen aber durften die Verteidigungsanstrengungen nicht die Volkswirtschaften der westlichen Welt so schädigen, dass wirtschaftliche Not die Menschen den Verlockungen des Kommunismus in die Arme trieb. Dass die Kommunisten in Frankreich 1947 stärkste Partei geworden waren, und dass auch die Orientierung Italiens nach Westen lange keineswegs selbstverständlich gewesen war, stand den Bündnisstrategen sehr wohl vor Augen. Präsident Dwight D. Eisenhower, Anfang 1953 ins Amt gekommen, sah diese Zusammenhänge so klar wie kaum ein anderer. Sein Ziel war eine langfristig durchhaltefähige, das heißt bezahlbare, Strategie der westlichen Welt.

Die Lösung sah Eisenhower in einer weitgehenden Nuklearisierung der Verteidigung. Das bedeutete nicht nur ein weit überlegenes strategisches Nuklearpotenzial der USA zur Bekämpfung von Städten und Industriezentren in der Sowjetunion, sondern auch die Einführung taktischer Nuklearwaffen zum Gebrauch gegen feindliche Streitkräfte auf dem Gefechtsfeld.² Die vordergründig zynische Formulierung „*More bang for the buck*“ („Mehr für's Geld“) hob darauf ab, dass Atomwaffen letztlich billiger zu beschaffen und vorzuhalten waren als personalintensive konventionelle Streitkräfte. Zum Entsetzen der Generale der US Army entschied Eisenhower, der doch einst einer von ihnen gewesen war, den zahlenmäßigen Umfang des Heeres deutlich zu verringern, und förderte statt dessen die strategischen Nuklearwaffensysteme der Air Force.

Die Verlagerung des Schwerpunkts auf die strategischen Nuklearwaffen, also auf Angriffe gegen Städte im feindlichen Hinterland, erforderte aber zwingend eine Strategie der „*massive retaliation*“, also die Ankündigung, auf jede Form der Aggression mit solchen den Waffensystemen des Nuklearkriegs zu reagieren. Das war angesichts der nuklearen Kräfteverhältnisse in den 1950er Jahren keineswegs eine abwegige Haltung.

Zwar hatte die Sowjetunion 1949 ihre erste Atombombe gezündet, aber die nukleare Überlegenheit der USA blieb damit zunächst unangetastet. Der Westen kontrollierte die größten damals bekannten Uranerzvorkommen, und die Gewinnung hinreichender Mengen waffenfähigen Urans stellte damals den begrenzenden Faktor bei der Bereitstellung nuklearer Gefechtsköpfe dar. (Daraus resultiert die große Bedeutung der Erzvorkommen im Süden der DDR und im Grenzgebiet zur Tschechoslowakei für die Sowjetunion.³)

2 Zu diesen Zusammenhängen insgesamt siehe John Lewis Gaddis: *Strategies of Containment. A critical appraisal of postwar American National Security policy*, New York 1982. Zu Eisenhowers Strategie siehe: Saki Dockrill: *Eisenhower's New-Look National Security Policy, 1953-61*, Basingstoke 1996.

3 Rainer Karlsch: *Uran für Moskau. Die Wismut - eine populäre Geschichte*, Berlin 2007.

Kein Staat hatte unter den Verheerungen des Zweiten Weltkriegs so gelitten und solche Verluste erlitten wie die Sowjetunion, und dies sowohl bei den Menschenleben als auch bei den industriellen Produktionsmöglichkeiten. Westliche Beobachter gingen davon aus, dass die Herren des Kremls zwar – wie in Korea – sich bietende Gelegenheiten nutzen würde, sich territorial zu vergrößern, dass sie aber vor einem Krieg mit den USA zurückschrecken würden. Da diese jedoch Westeuropa eine nukleare Sicherheitsgarantie gegeben hatten, musste Stalin und später Chruschtschow auch jedes Vorgehen gegen Westeuropa als zu riskant erscheinen – so lange diese Sicherheitsgarantie glaubwürdig war.

Am 12. August 1953 zündete die Sowjetunion ihre erste Wasserstoffbombe, und 1957 gelang es ihr erstmals, einen Satelliten in eine Erdumlaufbahn zu bringen. Während die piepsenden Signale aus dem „Sputnik“ die Öffentlichkeit der westlichen Länder faszinierten und vordergründig vom Vorsprung sowjetischer Technologien zeugten, waren Sicherheitsexperten besorgt. Der „Sputnik-Schock“ kündigte an, dass die Sowjetunion in absehbarer Zeit in der Lage sein würde, Kerngebiete der USA nuklear zu bedrohen. Damit stellte sich die Frage nach dem Wert der US-amerikanischen Sicherheitsgarantie für Westeuropa und für West-Berlin in einem ganz anderen Licht. Würde ein US-Präsident bereit sein, für die Sicherung der Zugangswege nach Berlin die atomare Vernichtung seines eigenen Landes in Kauf zu nehmen? War diese Form der Abschreckung noch glaubhaft?⁴

Die wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung, es gebe zwischen der Sowjetunion und den USA eine „Raketenlücke“, half dem demokratischen Bewerber um die US-Präsidentschaft, John F. Kennedy, seinen Wahlkampf zu gewinnen.⁵ Die Wirklichkeit sah anders aus: Die USA verfügten über Stützpunkte von Alaska über Japan, Diego Garcia im Indischen Ozean, die Türkei, Spanien, Großbritannien, Grönland und die Vereinigten Staaten selbst, die einen Ring um die Sowjetunion bildeten und von denen aus auch Überraschungsangriffe aus kurzer Entfernung möglich waren. Als das US-Atom-U-Boot „Nautilus“ unter dem Nordpol hindurchtauchte, schien auch das vielen Beobachtern vor allem ein Triumph der Technik zu sein – es bedeutete aber auch, dass amerikanische U-Boote sehr bald unmittelbar vor der sowjetischen Küste auftauchen und Nuklearraketen auf die UdSSR abfeuern konnten. Präsident Eisenhower hatte bereits 1955 ein massives Raketenbauprogramm in Auftrag gegeben. So würde das nuklearstrategische Ungleichgewicht zugunsten der USA und des Westens noch längere Zeit erhalten bleiben – aber eben nicht auf Dauer.⁶

Mit seiner Forderung vom 10. November 1958, einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen und der DDR die volle Souveränität über ihr Territorium und ihren Luftraum (also de facto über die

4 Campbell Craig: *Destroying the Village. Eisenhower and Thermonuclear War*, New York 1998, S. 121-136.

5 Harald Biermann: *John F. Kennedy und der Kalte Krieg. Die Außenpolitik der USA und die Grenzen der Glaubwürdigkeit*, Paderborn 1997, S. 47-62; Richard Reeves: *President Kennedy. Profile of Power*, New York 1993, S. 17.

6 Campbell Craig: *Destroying the Village. Eisenhower and Thermonuclear War*, New York 1998, S. 108-112

Zugangswege nach Berlin) zuzugestehen, löste Chruschtschow die zweite Berlinkrise aus.⁷ Aus sowjetischer Sicht hätte ein solcher Friedensvertrag mehrere Fliegen mit einer Klappe geschlagen: Er hätte der DDR die volle Souveränität gegeben, auch die Kontrolle über die Zugangswege nach West-Berlin über ihr Territorium, und den SED-Staat damit innenpolitisch gegenüber seinen Bürgern legitimiert. Damit wären auch die Zugangsrechte der Westalliierten entfallen, so dass diese über kurz oder lang hätten abziehen müssen. West-Berlin hätte aufgehört, eine politische, militärische und nicht zuletzt nachrichtendienstliche Irritation zu sein. Die Fluchtbewegung aus der DDR wäre gestoppt, denn wenn der SED-Staat die Luftwege nach Berlin kontrollierte, konnten etwaige Flüchtlinge nicht mehr ausgeflogen werden. Aus Chruschtschows Sicht zentral war aber, dass so die Glaubwürdigkeit der US-Sicherheitsgarantie an einer entscheidenden Stelle erschüttert worden wäre. Chruschtschow konnte zu Recht darauf zählen, dass sich in der Folge die neutralistischen Tendenzen in der Bundesrepublik verstärken würden, denn wer würde in Bonn nach einem Abzug der Drei Mächte aus Berlin noch auf die westliche Karte setzen wollen? Die Sicherung des Verbleibs in Berlin wurde so zu einer zentralen Aufgabe der westlichen Verteidigungspolitik.

Eisenhowers Politik der massiven Vergeltung war letztlich eine Kriegsverhinderungspolitik. Niemand erwog ernstlich, wegen ein paar festgehaltener LKWs bei Magdeburg einen atomaren Krieg auszulösen, und eine andere realistische Alternative bestand nicht. Es lässt sich durchaus argumentieren, dass, hätte eine solche Alternative unterhalb des Atomkriegs bereitgestanden, die Drei Mächte möglicherweise eher bereit gewesen wären, ein Kriegstrisiko einzugehen.⁸ Zunächst war Eisenhower durchaus gewillt, zur Sicherung der amerikanischen Interessen ein deutlich höheres Risiko einzugehen als die britische Regierung Macmillan und die Franzosen; dem US-Präsidenten und früheren NATO-Oberbefehlshaber war letztlich die Bündnissolidarität (auch mit der Bundesrepublik) ein zentrales Anliegen.⁹

Bereits wenige Tage nach Chruschtschows Berlin-Ultimatum blockierten die Sowjets eine amerikanische Kolonne auf dem Weg von West-Berlin nach Helmstedt.¹⁰ Die Erklärung der Drei Mächte vom 14. Dezember 1958, man sei nicht gewillt, die aus dem Zweiten Weltkrieg resultierenden Rechte in und um Berlin aufzugeben, verdeckte allerdings, dass sich Washington, London und Paris

7 Hierzu jetzt – kontrovers zueinander – Manfred Wilke: *Der Weg zur Mauer. Stationen der Teilungsgeschichte*, Berlin 2011, und Hope M. Harrison: *Ulbrichts Mauer. Wie die SED Moskaus Widerstand gegen den Mauerbau brach*, Berlin 2011. Der Zeitzeugenbericht Heinz Keßler und Fritz Streletz: *Ohne die Mauer hätte es Krieg gegeben. Zwei Zeitzeugen erinnern sich*, Berlin 2011, ist wegen seiner apologetischen Tendenz und seiner Weigerung, die internationale Forschung zu rezipieren, nicht ernst zu nehmen.

8 Campbell, *Destroying the Village*.

9 Christian Bremen: *Das Contingency Planning der Eisenhower-Administration während der zweiten Berlinkrise*, in: *Militärgeschichtliche Mitteilungen* 57 (1998), S. 117-147, hier S. 121; William Burr: *New Sources on the Berlin Crisis, 1958-1962*, in: *Cold War International History Project Bulletin* 2 (Fall 1992), p. 21-24.

10 Hierzu und zum folgenden: Gregory W. Pedlow: *Allied Crisis Management for Berlin. The LIVE OAK Organization, 1959-1963*, in: *International Cold War Military Records and History. Proceedings of the International Conference on Cold War Military Records and History Held in Washington, D.C., 21-26 March 1994*, ed. by William W. Epley, Washington DC 1996, p. 87-116.

keineswegs einig waren, wie man auf eine erneute nachhaltige Sperrung der Zugangswege reagieren sollte. Freikämpfen? Eine erneute Luftbrücke? Diplomatie? Aus regelmäßigen Konsultationen in Washington entstand Anfang 1959 eine Ständige Arbeitsgruppe auf Botschafterebene.

Die diplomatische Koordination ersetzte aber noch keineswegs ein einheitliches Vorgehen vor Ort und ebenso nicht eine koordinierte militärische Planung für den Ernstfall. Im Februar 1959 stellte der US-Oberbefehlshaber Europa, General Lauris Norstad, einen kleinen Arbeitsstab auf, der mögliche militärische Reaktionen prüfen sollte. Norstad war zugleich der Oberste Befehlshaber der NATO für Europa (SACEUR); in diesem Fall wurde er jedoch in seiner nationalen Eigenschaft als US-Befehlshaber tätig. Zu diesem Arbeitsstab traten zunächst britische, dann auch französische Offiziere. Im März 1959 nahm dieser trilaterale Stab unter dem Decknamen „LIVE OAK“ seine streng geheime Arbeit auf. Den Primat der Politik sollte die Rückbindung an die Botschaftergruppe in Washington (später in Bonn) sichern; zugleich sollten die drei nationalen Delegationen unmittelbar an ihre heimatlichen Regierungen berichten. Gleichwohl beanspruchte Norstad Führungsverantwortung für den gesamten Stab, ein etwas schwieriges, unter den Umständen aber handhabbares Arrangement. LIVE OAK sollte zunächst lediglich Pläne („*contingency plans*“) ausarbeiten, wie der Westen auf eine nachhaltige Sperrung der Zugangswege reagieren könne, keineswegs aber die operative Führung solcher militärischen Maßnahmen übernehmen. Das aber war die Schwäche von LIVE OAK: zur Durchführung würde Norstad auf die ihm als NATO-Oberbefehlshaber unterstehenden Truppen zurückgreifen müssen. Obwohl LIVE OAK kein NATO-Stab war, hatten seine Planungen sehr wohl Auswirkungen auf Politik und Militärstrategie der Allianz.

Die ersten Optionen, für die LIVE OAK Planungsdokumente erarbeitete, liefen auf eine bewaffnete Erkundung hinaus, ob die Sowjets wirklich gewillt waren, die Zugangswege nachhaltig zu sperren und zur Durchsetzung einer solchen Sperrung gegebenenfalls Gewalt anzuwenden. Was aber danach? Die Briten argumentierten entlang der Philosophie der *massive retaliation*, waren aber nicht bereit, zur Öffnung der Zugangswege den weltweiten Atomkrieg auszulösen. Stattdessen wollten sie in einem solchen Fall auf eine Luftbrücke ausweichen. Norstad dagegen drängte darauf, mit solchen konventionellen militärischen Kräften entlang der Autobahn nach Berlin vorzustoßen, dass den Sowjets die Gefahr eines Krieges und damit eines Nuklearkrieges deutlich gemacht würde.

Weitere Planungen von LIVE OAK betrafen die weitere Nutzung der Luftkorridore, von einer Wiederaufnahme der Luftbrücke bis zum bewaffneten Begleitschutz für Transportmaschinen für den Fall, dass die Sowjets anders als 1948/49 auch die Nutzung der Luftkorridore zu verhindern suchten.

Alle Planungen, vom Einsatz eines Zuges (etwa 30 Mann) bis zu dem eines Bataillons (etwa 800 Mann), möglicherweise sogar einer Division (bis zu 17.000 Mann) sahen ausschließlich die Beteiligung von Truppen der drei Westmächte vor, denn nur diese hatten das Recht auf freien Zugang nach West-Berlin. Die britischen Einwände gingen aber dahin, dass der Einsatz stärkerer Kräfte ab der Bataillonebene nur in Frage kam, wenn die NATO insgesamt mobilgemacht und ihre

Bereitschaft bekundet hatte, Eskalation bis hin auf die nukleare Ebene zu eskalieren – also den Dritten Weltkrieg wegen der Zugangswege nach Berlin beginnen zu lassen. Damit geriet erneut die Rolle der NATO in den Blick.

3. BERCONs und die Interessen der Bündnispartner

Die LIVE OAK-Planungen waren eine Angelegenheit der drei Westmächte und (später) der Bundesrepublik. Die anderen europäischen Bündnispartner waren daran unbeteiligt. Andererseits wurden im Rahmen von LIVE OAK Planungen erarbeitet, die sehr wohl zum Nuklearkrieg in Europa führen konnten und die alle anderen Partner daher existentiell interessieren mussten.

Die NATO ist, anders als häufig angenommen, nicht in erster Linie ein Militärbündnis.¹¹ Sie hat eine eminent politische Dimension, und während eine gemeinsame militärische Kommandostruktur im Nordatlantikvertrag gar nicht vorgesehen ist, ist eine Verpflichtung zur Konsultation in allen sicherheitspolitisch relevanten Fragen in Artikel 4 ausdrücklich geregelt. Die an LIVE OAK nicht beteiligten Bündnispartner konnten daher mit einiger Berechtigung fordern, dass die Notfallplanung für Berlin im Nordatlantikrat zur Diskussion gestellt werden müsse. Mehr noch: ihr Interesse musste dahin gehen, dass diese Planung weitgehend den militärischen Kommandostrukturen des Bündnisses übertragen würde, und dass die Führung von Operationen im Spannungsfall möglichst früh von LIVE OAK auf das Bündnis übergehen sollte. Nur so konnten sie ihren Anspruch auf politische Partizipation an einer Entwicklung, die das Risiko eines Krieges in sich barg, anmelden.

Umgekehrt drängten vor allem die Amerikaner darauf, in einer Eskalation möglichst lange im kleinen Kreis der vier LIVE OAK-Partner zu verbleiben. Es war angesichts der divergierenden Interessen schon schwierig genug, sich mit Briten, Franzosen und Deutschen abzustimmen – wenn aber eine gemeinsame Willensbildung aller 15 NATO-Nationen Voraussetzung für ein zügiges Reagieren auf eine Verschärfung der Situation rund um Berlin würde, dann wäre die Handlungsunfähigkeit des Westens fast vorprogrammiert.

So entwickelte SHAPE, das Oberste Hauptquartier der NATO für Europa, ebenfalls unter der Führung von General Norstad, parallel zu den LIVE OAK-Plänen eigene Maßnahmen, die das Bündnis im Falle einer Zuspitzung der Situation auf den Zugangswegen ergreifen konnte.¹² Die „*Berlin Contingency Plans*“ oder kurz „BERCONs“ begannen mit ALPHA, groß angelegten Luftoperationen zur Sicherung der Luftkorridore und – als gesonderte Option – zur Unterdrückung der sowjetischen und ostdeutschen Luftabwehr in den Korridoren. BERCON BRAVO dagegen sah

11 Hierzu und zum folgenden: Winfried Heinemann: Vom Zusammenwachsen des Bündnisses. Die Funktionsweise der NATO in ausgewählten Krisenfällen 1951-1956, München 1998 (=Entstehung und Probleme des Atlantischen Bündnisses bis 1956, 1).

12 Sean M. Maloney: Notfallplanung für Berlin. Vorläufer der Flexible Response 1958-1963, in: Militärgeschichte 7 (1997), Heft 1, S. 3-15.

den Einsatz einzelner kleiner Atomsprengköpfe über ausgewählten militärischen Zielen in der DDR vor, und BERCON CHARLIE beinhaltete raumgreifende Operationen auf DDR-Gebiet. BERCON DELTA dagegen fasste die maritimen Optionen, unter anderem eine Blockade der sowjetischen Seewege, zusammen.

Die Überlegungen, mit militärischen Kräften auf DDR-Gebiet vorzugehen, brachten sofort einen weiteren Faktor mit ins Spiel: Wie sollte der Westen reagieren, wenn er lediglich eine örtlich begrenzte Operation zur Befreiung eines festgehaltenen Konvois unternehmen wollte, die DDR-Bevölkerung das aber als Auftakt zu ihrer Befreiung ansah und in größerem Stil gegen die kommunistische Herrschaft aufstand? Erinnerungen an die Niederschlagung des ungarischen Volksaufstandes 1956 wurden wach – damals hatte der Westen beiseite gestanden, hätte auch ohne eine Landverbindung nach Ungarn ohnehin nicht eingreifen können. Das aber stellte sich 1961 in Bezug auf die DDR ganz anders dar, und die Planer fragten sich besorgt, ob die Sowjets unter solchen Umständen möglicherweise Nuklearwaffen einsetzen würden, um ihre Herrschaft in Ostdeutschland zu sichern.

Die Bundesregierung konnte vor allem jenen Planungen etwas abgewinnen, die Kampfhandlungen innerhalb ihres Landes zu vermeiden suchten. So hätte sie es vorgezogen, die demonstrative Detonation eines Atomsprengkörpers ins Kaspische Meer zu verlegen, oder sich auf BERCON DELTA – die maritimen Optionen – zu konzentrieren.

Der Nordatlantikrat zögerte sehr lange, die BERCONs zu billigen. Das Problem lag darin, dass nach der damaligen Planung die Hauptverteidigungslinie des Bündnisses entlang von Weser und Iller verlaufen sollte. Für eine Verteidigung weiter vorne an der innerdeutschen Grenze reichten die konventionellen Kräfte des Bündnisses damals noch nicht aus. Das aber hätte bedeutet, dass der Zusammenhang der Operationsführung zerrissen worden wäre, dass die für die BERCONs eingesetzten erheblichen konventionellen Kräfte in der Hauptkampflinie fehlten und ihnen zugleich jede Rückendeckung des Gros der NATO-Kräfte gefehlt hätte.

4. Der Sturm: Die sowjetische Sichtweise

Als sich im Sommer 1961 die Berlin-Krise erneut verschärfte, wurde der bisherige Planungsstab LIVE OAK so verstärkt, dass er als operativer Führungsstab wirken konnte.¹³ Die Bundesrepublik war nunmehr sowohl auf der diplomatisch-politischen Ebene als auch bei den konkreten militärischen Planungen beteiligt. Bei Auslösung einer relativ niedrigen Eskalationsstufe sollte bei Helmstedt ein Führungsstab aus Offizieren der vier beteiligten Mächte tätig werden, der die geplanten Maßnahmen konkret umsetzen sollte.

13 Pedlow, *Allied Crisis Management for Berlin*, S. 100.

Zugleich begann auch die Sowjetunion, ihre militärischen Optionen zu untersuchen. Dazu dachte sie dem Warschauer Pakt, ursprünglich kaum mehr als ein Verhandlungsgegenstand, um die Auflösung der NATO erreichen zu können, eine deutlich größere Bedeutung und eine militärische Rolle zu.¹⁴ In diesen Zusammenhang gehört die erste große Stabsrahmenübung („Kommandostabsübung“ in der Sprache der NVA) des östlichen Bündnisses, „Burja“ („Sturm“) im September und Oktober 1961, die sogar einzelne Inhalte mit Volltruppe darstellte.¹⁵

„Burja“ belegte, dass die verbündeten Streitkräfte des Warschauer Pakts mit einem massiven Kernwaffenschlag sehr wohl das operative Ziel erreichen konnten, innerhalb kurzer Zeit Paris und die französische Atlantikküste zu erreichen. „Burja“ beschränkte sich aber auf Europa, es ließ die strategisch-politische Ebene außer acht. Dabei war es unvorstellbar, dass die USA den Verlust ihrer europäischen Verbündeten und großer Teile ihrer Streitkräfte hinnehmen würden, ohne ihr noch immer weit überlegenes strategisches Potential gegen das sowjetische Kernland einzusetzen. Die langfristigen Folgen eines Nuklearkrieges für sein Land waren es wohl, die Chruschtschow als die eindrücklichste Konsequenz aus der Stabsrahmenübung „Burja“ ansah: In der Folge des Kriegsspiels gab er den Versuch auf, über einen oktroyierten Friedensvertrag die Westalliierten aus ihren Positionen in West-Berlin herauszudrängen. So lange das nuklearstrategische Ungleichgewicht nicht nachhaltig zugunsten der Sowjetunion korrigiert war, konnte sie das Risiko eines Krieges nicht eingehen. Die Kubakrise ein Jahr später war genau der Versuch, das nuklearstrategische Kräfteverhältnis auszugleichen, so dass dann die konventionelle Überlegenheit des Warschauer Pakts in Europa politisch hätte nutzbar gemacht werden können.

5. Die Entstehung von *flexible response*

Amerikanische Kernwaffen durften nur nach Genehmigung des Präsidenten eingesetzt werden. Was aber, wenn der Präsident tot oder auch nur nicht rechtzeitig zu erreichen war? Wie sollten taktische Sprengköpfe sinnvoll zum Einsatz kommen, wenn der Entscheidungsprozess im Einzelfall Stunden dauerte und die taktische Lage sich inzwischen nachhaltig verändert hatte? Atomwaffen wirken nur abschreckend, wenn sichergestellt ist, dass eine hinreichende Zahl von ihnen auch nach einem Erstschlag des Gegners noch einsatzfähig ist und tatsächlich eingesetzt werden wird. Dazu hatte Eisenhower bestimmten Befehlshabern für genau definierte Fälle (etwa dass das Zentrum der US-Regierung ausgeschaltet war) das Recht zum Einsatz von Atomwaffen übertragen („*pre-delegated*

14 Christian Nünlist: Die westliche Allianz und Chrusčevs Außenpolitik im Jahre 1955, in: Der Warschauer Pakt. Von der Gründung bis zum Zusammenbruch (1955-1991), hg. von Torsten Diedrich, Winfried Heinemann und Christian Ostermann, Berlin 2009 (=Militärgeschichte der DDR, 16), S. 9-26.

15 Matthias Uhl: Storming on to Paris. The 1962 Buria exercise and the Planned Solution of the Berlin Crisis, in: War Plans and Alliances in the Cold War. Threat Perceptions in the East and West, ed. by Vojtech Mastny, Sven Holtsmark and Andreas Wenger, London 2006, p. 46-71. Zum Gesamtzusammenhang ders.: Krieg um Berlin? Die sowjetische Militär- und Sicherheitspolitik in der zweiten Berlin-Krise 1958 bis 1962, München 2008 (=Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, 73).

authority“).¹⁶ Das galt auch für den US-Oberbefehlshaber Europa, General Lauris Norstad, zugleich NATO-Oberbefehlshaber („SACEUR“) und Befehlshaber LIVE OAK. Damit bestand allerdings zugleich die Gefahr, dass in einer kritischen Situation ein US-Soldat Atomwaffen ohne ausreichende politische Kontrolle einsetzen würde, oder dass unautorisierte (etwa deutsche) Akteure US-Sprengköpfe in ihre Gewalt bringen und einsetzen könnten. Die Eisenhower-Administration hatte diesem Problem vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt. Für das Konzept der Massiven Vergeltung war die schnelle und zuverlässige Einsatzfähigkeit der Atomwaffen zentral wichtig.

Ein weiterer Aspekt der Nuklearstrategie war die Frage der Zielplanung. Wo sollte man Atomwaffen detonieren lassen, um die sowjetischen Kriegsanstrengungen optimal zu treffen? Das Heer forderte Angriffe gegen die Panzermassen des Warschauer Pakts, die Marine hielt Angriffe gegen die U-Boot-Basen in Murmansk für kriegsentscheidend,¹⁷ und die US Air Force verwies auf die strategischen Ziele im sowjetischen Hinterland. Ursprünglich hatte jede Teilstreitkraft ihre eigene Zielplanung betrieben, streng geheim und voneinander abgeschottet, mit der Gefahr von Überschneidungen und Lücken. Erstmals für das Jahr 1962 hatte Eisenhower eine einheitliche nukleare Operationsplanung in Auftrag gegeben: „*Single Integrated Operations Plan*“ oder „SIOP“.

Mit dem SIOP als Hinterlassenschaft seiner Vorgängerregierung sah sich Präsident Kennedy nun konfrontiert. Kennedy störte daran vor allem, dass seine Rolle als Präsident darauf beschränkt sein sollte, einen Nuklearkrieg auszulösen, dass danach aber jedes Eingreifen unerwünscht war: „*There is no effective mechanism for rapid rework of the plan, after the order for its execution*“ erklärte der Vorsitzende der Vereinigten Stabschefs, General Lyman Lemnitzer, dem Präsidenten.¹⁸

Präsident Kennedy dagegen legte Wert auf eine politische Kontrolle des Militärs einschließlich der Atomwaffen auch und gerade während Krise und Krieg. War es angesichts des sich abzeichnenden nuklearen Patts wenig glaubwürdig, bei jeder Behinderung des Zugangs nach West-Berlin mit einem Nuklearschlag zu drohen, so war es wichtig, die erforderliche Eskalation auch im nuklearen Bereich politisch kontrollieren zu können. Kennedy wollte sich auch während eines Krieges seine verfassungsmäßigen Rechte als Oberster Befehlshaber nicht nehmen lassen.

Für das Berlinproblem bedeutete das einen neuen Ansatz.¹⁹ Zwar war General Lauris Norstad der erste Luftwaffengeneral, der SACEUR geworden war (alle seine Vorgänger, beginnend mit Dwight D.

16 Klaus A. Maier: Amerikanische Nuklearstrategie unter Truman und Eisenhower. Probleme des Entscheidungsprozesses für den Einsatz von Atomwaffen und deren Auswirkungen auf die NATO, in: Das Nordatlantische Bündnis 1949-1955, hg. von Klaus A. Maier und Norbert Wiggershaus (=Beiträge zur Militärgeschichte, 37) München 1993, S. 225-240.

17 Sean Maloney: Atomare Abschreckung zur See. Nuklearwaffen und die Anfänge der NATO Strike Fleet Atlantik, in: Militärgeschichte 4 (1994), S. 63-67.

18 Reeves, President Kennedy, S. 230.

19 Gregory W. Pedlow: Flexible Response Before MC 14/3. General Norstad and the Second Berlin Crisis, 1958-62, in: Storia delle relazioni internazionali 13 (1998). Special Issue: Dividing the Atom. Essays on the History of Nuclear Sharing and Nuclear Proliferation, ed. by Cyril Buffet and Leopoldo Nuti, p. 235-268; Beatrice Heuser: NATO, Britain, France and the FRG. Nuclear Strategies and Forces in Europe, 1949-2000, London 1998.

Eisenhower, hatten dem Heer angehört); seine Ernennung schien die Hinwendung zu einer nuklearstrategischen Verteidigung zu symbolisieren. Aber auch Norstad hatte immer auf hinreichende Bodentruppen in Europa gedrängt, die allerdings mit nuklearen Gefechtsfeldwaffen ausgerüstet sein sollten. Es war sein Druck gewesen, der – entgegen britischen Bedenken – dazu geführt hatte, dass LIVE OAK nicht nur taktische, sondern auch umfangreiche operative Szenarien bis hin zur nuklear bewaffneten *task force* in Divisionsstärke erarbeitet hatte. Er war nicht gewillt hinzunehmen, dass nach dem Scheitern eines bataillonsstarken Vorstoßes keine andere Option als der *all out war* zur Verfügung stehen sollte. Ein Mittel, die Optionen zu vermehren, bestand darin, dass ab Anfang August 1961 (also noch vor dem Mauerbau) ein deutscher Verbindungsoffizier bei LIVE OAK mitwirkte, ebenso wie der deutsche Botschafter in Washington zu der bisher aus den Drei Mächten gebildeten Botschaftergruppe hinzutrat.²⁰ Als Kennedy am 17. August entschied, mit der Entsendung einer Kampfgruppe nach Berlin auf den Bau der Mauer zu reagieren, war das zugleich ganz offensichtlich jene „Probe“, die LIVE OAK vorgeschwebt hatte: die Ankunft der von den Westberlinern enthusiastisch begrüßten Kolonne markierte nicht nur die Entschlossenheit der Amerikaner, Berlin zu halten, sondern auch Chruschtschows Entschluss, die Zugangswege weder den Ostdeutschen zu übergeben noch sie selbst zu schließen. Die innerstädtische Grenze zwischen Mitte und Tiergarten war zu, die Transitstraßen zwischen Helmstedt und Zehlendorf dagegen blieben offen.

Im Laufe der weiteren militärischen Planungen jedoch entwickelten sich erhebliche Differenzen zwischen Norstad in Europa und der Kennedy-Administration in Washington. Norstad sah nur zu deutlich, dass die alliierten militärischen Anstrengungen nicht ausreichten, eine konventionelle oder auch taktisch-nukleare Verteidigung Europas sicherzustellen. Auch eine Eskalation rund um Berlin würde irgendwann zu dem Punkt führen, wo der US-Präsident vor der Wahl stand, klein beizugeben oder strategische Atomwaffen einzusetzen. Der Versuch, die Eskalation auf die strategisch-nukleare Ebene zu verhindern, könnte, so argumentierte der NATO-Oberbefehlshaber Europa, von den Verbündeten als ein Abrücken von der amerikanischen Sicherheitsgarantie verstanden werden.

Im Oktober 1961 erarbeiteten das State Department und das Pentagon gemeinsame, aber nicht mit Norstad oder den Verbündeten abgestimmte Notfallpläne für Berlin. Darin waren vier Stufen vorgesehen: nachdem ein Vorstoß in Zugstärke oder mit einigen wenigen Flugzeugen das Vorhandensein einer Blockade eindeutig festgestellt hatte, sollten als zweite Stufe nicht-militärische Schritte (Wirtschaftsblockade, auch zur See) ergriffen werden. In einer dritten Phase wollten die Alliierten militärisch ihre Entschlossenheit demonstrieren, die Blockade mit konventionellen Kräften aufzubrechen, und erst in einer vierten Phase sollte der abgestufte Einsatz von Nuklearwaffen geprüft werden.

Norstad lehnte diese Planungen vehement ab. Anfang November 1961 protestierte er persönlich bei Kennedy und Verteidigungsminister McNamara, solche Überlegungen seien unrealistisch und den

20 Pedlow, *Allied Crisis Management*, S. 100-102.

Bündnispartnern nicht zu vermitteln. Als er seinen Gegenentwurf vorlegte, wurde der Unterschied deutlich: die Regierung Kennedy verlangte eine Planung, bei der jede weitere Eskalationsstufe politisch geprüft werden sollte („*a pause for thought*“). Für die Europäer bedeutete das, dass die USA sich vorbehielten, ihre nukleare Sicherheitsgarantie für Europa im Zweifelsfall aufzukündigen, und Norstad war nicht gewillt, gegen die elementaren Sicherheitsinteressen der Verbündeten zu arbeiten. Bei einem Gespräch mit Verteidigungsminister Robert McNamara und Außenminister Dean Rusk kam es zum Bruch: die beiden stellten angesichts seiner Haltung seine Loyalität gegenüber den Vereinigten Staaten in Frage, woraufhin der General das Gespräch abbrach, den Raum verließ und die Tür zuknallte.

Im Februar und März 1962 kam es noch einmal zu einer Krise auf den Zugangswegen, als die Sowjets wiederholt die Nutzung der Luftkorridore behinderten. Präsident Kennedy war sehr davon angetan, wie General Norstad die Krise deeskalierte, aber die Unterschiede im Grundsätzlichen waren so groß, dass der Bruch letztlich unvermeidlich wurde. Im Sommer 1962 bot er – wohl unter Druck aus Washington – seinen Rücktritt an, der zum Ende des Jahres angenommen wurde.

6. Fazit

Die zweite Berlinkrise brachte nicht nur politisch erhebliche Veränderungen mit sich. Militärisch führte sie – zusammen mit dem Regierungswechsel in Washington – dazu, dass die bis dahin vorherrschende Abschreckung durch die Drohung mit einem massiven Nuklearkrieg („*massive retaliation*“) durch eine neue, stärker auf konventionelle Waffen und taktisch-nukleare Sprengköpfe setzende Strategie abgelöst wurde, die unter dem Namen „*flexible response*“ bekannt wurde.²¹ Sowohl die Notfallpläne von LIVE OAK als auch die BERCONs der NATO wiesen den Weg in diese Richtung. Die wachsenden Zweifel der Europäer an der amerikanischen Nukleargarantie allerdings hatten auch das Ausscheiden Frankreichs aus der militärischen Integration und den Aufbau einer eigenen französischen Nuklearwaffe zur Folge.

21 Ivo H. Daadler: *The Nature and Practice of Flexible Response. NATO Strategy and Theater Nuclear Forces since 1967*, New York 1991; Reiner Pommerin: Von der "massive retaliation" zur "flexible response". Zum Strategiewechsel der sechziger Jahre, in: *Vom Kalten Krieg zur deutschen Einheit. Analysen und Zeitzeugenberichte zur deutschen Militärgeschichte 1945 bis 1995*, hg. von Bruno Thoß, München 1995, S. 525-542.